



# Glücksspiel: Schutzbestimmungen sind Mogelpackung!

**Kaltenegger: „Verschlechterungen treten sofort in Kraft, Verbesserungen frühestens 2016“**

*Der Entwurf für ein neues Glücksspielgesetz, der in den kommenden Wochen vom Nationalrat beschlossen werden soll, entpuppt sich immer deutlicher als katastrophaler Fehlgriff. So wird der Höchststeinsatz pro Spiel am Automaten etwa von 50 Cent auf 10 Euro erhöht. Dadurch ist es möglich, innerhalb einer Stunde ein Jahresgehalt zu verspielen – und das unter dem Titel „Kleines Glücksspiel“.*

wird also kein einziger Automat aus der Steiermark verschwinden, dafür wird das Bundesland von neuen Minicasinios und Terminals überschwemmt“, warnt Kaltenegger vor dem desaströsen Gesetzesentwurf.

Sollte das Gesetz tatsächlich in der vorliegenden Form in Kraft treten, bliebe der Steiermark nur mehr das Verbot des „Kleinen

Glücksspiels“. Dies sei laut Ernest Kaltenegger die einzige Möglichkeit, eine weitere Zunahme der Spielsucht zu vermeiden. Laut offiziellem Suchtbericht des Landes Steiermark gibt es zwischen 60.000 und 80.000 direkt oder indirekt Betroffene in unserem Bundesland.



*KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger warnt vor dem neuen Glücksspielgesetz.*

Doch auch die als Verbesserungen angepriesenen „Schutzbestimmungen“ entpuppen sich als Mogelpackung, kritisiert KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger, der im steirischen Landtag seit 2006 für einen besseren Schutz vor der Spielsucht eintritt. „Eine der wenigen Verbesserungen wäre die Beschränkung von derzeit 4700 auf ca. 1000 Geldspielautomaten gewesen. Doch die Übergangs- und Ausnahmestimmungen erlauben einen ungehinderten Betrieb aller Automaten bis 31.12.2015. Vor dem Jahr 2016

## S-Bahn-Ausbau bis Trofaiach

**Landtag nimmt Antrag von KPÖ-LAbg. Werner Murgg an**

Gegen die Stimmen der ÖVP hat der steirische Landtag am 20. April auf Antrag der KPÖ beschlossen, die Schnellbahn S 8 in das Vordernbergertal bis Trofaiach zu verlängern und den Personenverkehr auf dieser Strecke wieder aufzunehmen.

Im Dezember 2009 wurde der Ausbau der S 8 nach Leoben

und Kapfenberg bestätigt, wobei ursprünglich eine Weiterführung der Linie nicht vorgesehen war.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Obwohl hier eine intakte Bahntrasse samt Oberleitungsanschluss existiert, war eine Weiterführung der S-Bahn nach Trofaiach bisher nicht vorgesehen. Seitens der Bevölkerung

herrscht großes Interesse an der Wiederinbetriebnahme des Personenverkehrs auf dieser Strecke. Gerade weil die Infrastruktur bereits besteht, liegt diese Lösung nahe.“

**Sozialhilferechner**  
Steiermark

Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter <http://www.sozialhilferechner.at>

Eine Idee von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler





LAbg. Werner Murgg

# „Menschenwürdige Pflege ist ein Menschenrecht“

Redebeitrag von KPÖ-LAbg. Renate Pacher zur Pflegedebatte

in der Landtagssitzung vom 20. April 2010

*Menschenwürdige Pflege ist ein Menschenrecht. Deshalb hat sich die KPÖ schon seit längerer Zeit mit diesem Thema beschäftigt und ihre Vorschläge auch in einer Broschüre zusammengefasst. Im Landtag wurden zahlreiche Initiativen gestartet.*

In unserer Broschüre sind wir selbstverständlich auch auf den Bereich der extramuralen Pflege, der Pflege außerhalb von Pflegeheimen, eingegangen und haben unsere Vorstellungen dazu entwickelt.

Wir sind der Meinung, jeder Mensch sollte im Pflegefall die Möglichkeit haben, so lange wie möglich in seiner vertrauten Umgebung zu bleiben. „Mobil vor stationär“, so sollte der Grundsatz lauten. Das entspricht den Wünschen der meisten pflegebedürftigen

Menschen und erhöht die Chancen auf ein Altern in Würde und Selbstbestimmung.

Deshalb sind wir für den Ausbau der mobilen und ambulanten Dienste. Ganz wichtig ist aber, dass sich die Menschen diese Dienste auch leisten können. Eine soziale Staffelung der Tarife dieser Leistungen, abhängig vom Einkommen der pflegebedürftigen Person, ist unabdingbar. Auch der Ausbau bestimmter Wohnformen wie das „betreute Wohnen“ oder SeniorInnenwohngemeinschaften müssen stärker gefördert werden.

## 70 Prozent könnten zuhause wohnen

Nach Schätzungen von ExpertInnen könnten durch den Ausbau der extramuralen Einrichtungen bis zu 70 Prozent der Menschen, die jetzt in einem Heim untergebracht sind, weiterhin zu Hause leben. Das würde auch eine enorme Kosteneinsparung bedeuten. Damit in dieser Sache etwas weitergeht, ist die KPÖ für die Verankerung eines individuellen Rechtsanspruches auf die sozialen Dienste Alten-, Familien- und Heimhilfe im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz und eine Ergänzung des Sozialhilfegesetzes um flexible Wohnformen für alten Menschen.

Die Frage der Pflege außerhalb von Heim ist aber nur eine Facette der Pflegeproblematik. Es geht auch um die Qualität der Pflege, es geht um die Situation der Beschäftigten, es geht um die Finanzierung der Pflege und geht darum, wer in Zukunft Pflegeleistungen anbieten darf. Und es geht darum, ob es die Verantwortlichen weiter zulassen, dass die Pflege hilfsbedürftiger Menschen für gewinnorientierte Privatunternehmen weiterhin ein großes Geschäft ist.



KPÖ-LAbg. Renate Pacher

Zu all diesen Fragen hat die KPÖ bereits Anträge eingebracht, und einige davon sind auch angenommen worden. Es geht nun darum diese Anträge mit Leben zu erfüllen. Beschlossen wurde z.B. unser Antrag, dass die Kontrolle in den Heimen mindestens einmal im Quartal eines Jahres, davon mindesten einmal in der Nacht und einmal am Wochenende stattfinden muss. Beschlossen wurde auch unser Antrag, dass die Landesregierung dafür Sorge tragen soll, dass die Entlohnung des Pflegepersonals zumindest dem BAGS-Kollektivvertrag entspricht.

Auf den wichtigsten KPÖ-Antrag, den der Landtag angenommen hat, will ich zum Schluss eingehen. Der heutige zur Debatte stehende Antrag der Grünen hat den Titel „Zukunft der Pflege in der Steiermark“. Wir sind der Meinung, entscheidend für die Zukunft der Pflege in der Steiermark ist auch die Frage, wer die Pflegeleistungen anbieten wird.

Es geht darum, ob die Pflege, wie es bis jetzt in der Steiermark immer mehr der Fall ist, zum Markt – und damit zum Geschäft für gewinnorientierte, private Betreiber – wird, oder ob die öffentliche Hand und gemeinnützige Organisationen die Pflegeleistungen anbieten. Wir sind der Meinung, privates

Gewinnstreben hat in der Pflege nichts verloren. Es muss um die Interessen der pflegebedürftigen Menschen gehen und nicht ums Geschäft. Deshalb haben wir einen wichtigen Antrag gestellt, der ebenfalls beschlossen wurde. Beschlossen wurde, dass die Landesregierung ehest möglich ein Konzept vorlegen soll, mit dem Ziel, öffentliche Mittel für die Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger zu beschränken, um in Zukunft auszuschließen, dass öffentliche Gelder zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden.

Beschlossen wurde auch Kosten der stationären Pflege auf einen kostendeckenden Tagsatz zu beschränken und Gewinnmargen und Management-Entgelte zu streichen. Die Annahme dieses Antrags ist eine positive Kehrtwendung in der bisherigen steirischen Pflegepolitik. Denn leider gibt es in der Steiermark deutlich mehr private, gewinnorientierte Heime als in anderen Bundesländern. Und es werden immer mehr, was belegt, dass die Pflege offensichtlich ein gutes Geschäft ist. Diese Anträge wurden im November vorigen Jahres angenommen. Es geht nun darum, sie auch umzusetzen



Die steirischen KPÖ einen Forderungskatalog zum Thema Pflege erstellt. Wir laden Sie ein, mitzudiskutieren, sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen. Wir senden Ihnen die Broschüre „Wie wollen wir Pflege?“ gerne kostenlos zu. Bestellungen bei: Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at Tel. (0316) 877-5102 Fax (0316) 877-5108



**Klein, aber mit Biss**

# KPÖ kämpft für Zentrum für Kinder-Rehabilitation in der Steiermark

Ernest Kaltenegger: Wichtiger Schritt für Gesundheit der Kinder

In ganz Österreich existiert kein einziges Reha-Rehabilitationszentrum für Kinder. Laut Experten und Kinderärzten wäre aber in Österreich der Bedarf für drei solcher Zentren gegeben. Deshalb setzt sich die KPÖ im steirischen Landtag für ein Kinder-Reha-Zentrum in unserem Bundesland ein. Die Initiative erhielt eine Mehrheit, nur die SPÖ stimmte dagegen.

Kaltenegger: „Kinder brauchen nach Unfällen, Operationen oder schweren Erkrankungen eine spezielle Nachsorge. Die Kinder müssen professionell begleitet werden. Dass der Landtag heute die Weichen für ein steirisches Reha-Zentrum für Jugendliche

gestellt hat, ist sehr erfreulich.“

Derzeit gibt es in der Steiermark nur in Judendorf-Straßengel eine eigene Reha-Station für Kinder und Jugendliche, allerdings nur für bestimmte Indikationsgruppen. Die Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen hat auf die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppe einzugehen, wie etwa:

- kinder- und jugendgerechte Bau- und Einrichtungsweise
- altersgerechte Kinderbetreuung durch entsprechend ausgebildete PädagogInnen
- eine schulische Betreuung durch entsprechend ausgebildete Lehrkräfte

Derzeit müssen viele Eltern

mit ihren Kindern nach Deutschland ausweichen. Deshalb nehmen nur 10 Prozent (!) der Kinder eine Rehabilitation in Anspruch. Der Großteil bleibt also ohne kindergerechte Rehabilitation. Der Landtag beschloss in der Sitzung vom 20.4., alle nötigen Maßnahmen zur Schaffung eines Rehabilitationszentrums für Kinder in der Steiermark zu setzen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten und sich beim Bund für eine eindeutige Regelung des Leistungsanspruchs auf Rehabilitation für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern einzusetzen.



KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger

Der Antrag von KPÖ-LAbg. Kaltenegger wurde einstimmig angenommen.

## Verbesserung bei Entschädigung für Patienten

Der steirische Landtag hat am 20. April auf Antrag der KPÖ eine **Neuregelung des Patientenschädigungsfonds** beschlossen. Bisher wurde er ausschließlich aus Beiträgen von PatientInnen finanziert, zukünftig sollen auch die Pharmaindustrie, Versicherungen, Krankenanstalten, Ärzte oder andere Angehörige der Heilberufe zur Zahlung eines Solidarbeitrages an den Patientenschädigungsfonds verpflichtet werden.

Der Patientenentschädigungsfonds wurde für Entschädigungen bei jenen Schäden eingerichtet, die durch die Behandlung in öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Krankenanstalten entstanden sind, bei denen die Verschuldensfrage nicht eindeutig zu klären ist. In den letzten Jahren hat die Zahl jener, die eine Entschädigung über den Fonds erhalten haben, stark zugenommen. Die derzeitige Finanzierung des Fonds ist für diesen steigenden Bedarf zu gering.

Mit der Neuregelung kann sichergestellt werden, dass Patientinnen und Patienten auch in Zukunft eine Entschädigung erhalten können, falls die Haftung nicht geklärt werden kann.

Macht den Spekulant  
Feuer **KPO** wirkt!

26. September:  
Feuerzeug und  
„echtroter“ Nagellack  
anfordern  
unter 877/51 04

**KPO**  
Liste 3  
echtrot

**CK**  
Claudia Klimek Weithaler

Landtagswahl 26. Sept. 2010

**zuhören  
helfen -  
umsetzen**

**KPO** wirkt

Claudia Klimek-Weithaler, Liste 3

# Kritik an Zickzack-Kurs des Landeshauptmanns

## LAbg. Werner Murgg: SPÖ-Ankündigungen nicht mehr als „schmalbrüstiges Herumlavieren“

*Wenige Monate vor der steirischen Landtagswahl erinnert sich die SPÖ wieder einmal an die Forderung nach einer Besteuerung von Vermögen.*

Dabei waren es sozialdemokratische Minister, die in Österreich erst für die Einführung unfassbarer Steuerprivilegien für Superreiche und Konzerne gesorgt haben. Darauf wies KPÖ-LAbg. Werner Murgg angesichts der Aussagen von Landeshauptmann Voves hin.

Vor wenigen Wochen wollte Voves die steirischen Familien noch über die Wiedereinführung von Kindergartengebühren besteuern. Jetzt gibt es einen erneuten Richtungswechsel der SPÖ, deren politische Position mittlerweile nicht mehr auszumachen ist.

LAbg. Murgg: „Mit seinem Zickzack-Kurs hat LH Voves jede Glaubwürdigkeit verspielt. Er kann sich nicht entscheiden, wem er den angehäuften Schuldenberg lieber umhängen möchte. Man

darf nicht vergessen, dass jene Vorschläge, die Voves in seinem Wirtschaftsprogramm Anfang April 2009 gemacht hat, nicht mehr sind als ein schmalbrüstiges Herumlavieren. Eine wirkliche Änderung hin zu einer notwendigen Umverteilung zurück zu den Menschen, die die Vermögenswerte der Superreichen erst erwirtschaften, ist nicht erkennbar. Deshalb ist der aktuelle Richtungswechsel der SPÖ auch bloß ein Wahlkampfmanöver.“



KPÖ-LAbg. Werner Murgg

## Steirischer Landtag sagt gefährlicher Chemikalie BPA den Kampf an

### KPÖ-LAbg. Renate Pacher: „Schutz von Babys und Kleinkindern muss Vorrang haben“ – Vorbild Dänemark

Einstimmig hat der steirische Landtag eine Initiative von KPÖ-LAbg. Renate Pacher angenommen, die gefährliche Substanz BPA (Bisphenol A) in Produkten zu verbieten, mit denen Babys und Kleinkinder in Berührung kommen. Schon in kleinen Mengen kann BPA eine Reihe schwerer Erkrankungen auslösen, besonders bei Säuglingen und Kleinkindern. Das wurde in einer Reihe von seriösen Studien nachgewiesen.

KPÖ-LAbg. Renate Pacher: „Die breite Zustimmung zu dieser Initiative stimmt mich zuversichtlich, dass der Bundesgesetzgeber aufwacht und endlich etwas unternimmt. 2007 wurde auf Druck der EU-Behörde für

Lebensmittelsicherheit in Österreich der Grenzwert von 10 auf 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht erhöht, obwohl alle Fakten dagegen sprechen. Die Profitinteressen der Kunststoffindustrie wiegen offenbar schwerer als die Gesundheit von Babys und Kleinkindern.“

Bisphenol A wird seit etwa 40 Jahren hergestellt, eine Million Tonnen werden jährlich in Europa produziert. Es geht um einen Markt von rund drei Milliarden Euro. BPA kommt u.a. in Lebensmittelverpackungen, Plastikflaschen, Milchpackungen, Trinkbechern und Plastikgeschirr zum Einsatz. Besonders viel BPA löst sich aus dem Kunststoff, wenn etwa eine Babyflasche mit

Milch in der Mikrowelle erhitzt wird. Das hat eine Untersuchung von Ökotest ergeben. Die Tester fanden zwischen 67 und 157 Mikrogramm BPA je Liter. Aufgrund der großen Produktionsmenge ist BPA auch in Hausstaub zu finden (laut Studie des Österr. Umweltbundesamtes bis zu 8,8 mg/kg).

In Kanada wurden BPA-haltige Babyflaschen aus Polycarbonat verboten, in Europa hat Dänemark ein befristetes Verbot von BPA für alle Materialien eingeführt, die mit Lebensmitteln für Säuglinge und Kinder in Kontakt kommen. Ab 1. Juli 2010 wird es dort illegal, Babyflaschen, Geschirr und Verpackung für Babynahrung zu verkaufen, die BPA



KPÖ-LAbg. Renate Pacher

enthalten. „Auch in Österreich und in Europa sollte Verbrauchersicherheit an erster Stelle stehen. Dänemark hat einen mutigen Schritt gesetzt, der für Österreich als Vorbild dienen sollte.“

Platz für Adressaufkleber  
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205



KPÖ, Tel. 0316 / 877 51 04,  
Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz

**KPÖ**

www.kpoe-steiermark.at ••• Tel. 0316/ 71 24 79